

Der Schumanplan vom 9. Mai 1950
=====

Vorbild und Maßstab

von Fritz Hellwig, ehem. Mitglied der Hohen Behörde der
Montanunion und Vizepräsident der EG-Kommission

Aus mehr als einem Grunde ist der Erklärung von Robert Schuman vom 9. Mai 1950 zu gedenken. An diesem Tage wurde der Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, aber auch der europäischen Einigungsbewegung eine neue Richtung gegeben. Wir haben als Deutsche zunächst allen Grund zur Erinnerung: Es war für die junge Bundesrepublik Deutschland der erste Schritt aus der alliierten Vormundschaft in die Souveränität.

In dem Maße, in dem der Schumanplan Gestalt annahm und schließlich als Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 10. August 1952 in Kraft trat, verschwanden die Kontrollrechte und Zwangsverwaltungen der Alliierten, fiel die der deutschen Stahlindustrie auferlegte Produktionsbeschränkung und wurde die Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigter Partner in der Verteilung der begehrten Ruhrkohle.

Die Regelung des deutsch-französischen Kohleproblems mit der Unterstellung unter eine gemeinsame Hohe Behörde war aber nur ein Ziel des Schumanplans; das andere Ziel war, "die ersten konkreten Grundlagen einer europäischen Föderation" zu schaffen. Robert Schuman und Jean Monnet, der Initiator dieses Planes, waren Realisten; sie wußten, daß die wirtschaftliche Einigung Europas nur durch eine neue politische Struktur erreicht werden konnte, daß man aber nicht mit der europäischen Föderation anfangen und daß man auch nicht "die Ausarbeitung einer neuen europäischen Wirtschaftsform sofort und auf allen Gebieten gleichzeitig unternehmen" konnte. Man mußte, wegen der technischen Komplikationen und der ungenügenden geistigen Vorbereitung etappenweise vorgehen und eine Wahl treffen.

Heute gilt es, sich den historischen Rang des Schumanplans wieder bewußt zu machen und ihn gegen Interpretationen zu verteidigen, die die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren gleichsam als Geburtsfehler entschuldigen möchten. Man möchte der Ausgangsplanung nur eine begrenzte wirtschaftliche, eine handelspolitische Funktion zuerkennen. Die Erklärung Robert Schumans vom 9. Mai 1950 liefert nach wie vor den Maßstab, an dem alle wortreichen, aber unverbindlichen Vorschläge der letzten Jahre gemessen werden müssen. Das gilt nicht nur für den Plan selbst, das gilt ebenso für die Verhandlungsphase und ihr Ergebnis, den Montanvertrag. Hier wurden nicht nur die technischen Regeln für den Gemeinsamen Markt von Kohle und Stahl festgelegt, hier wurde auch der institutionelle Aufbau der Sechser-Gemeinschaft vorgezeichnet in der erklärten Absicht, die institutionellen Grundlagen "für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft" zu schaffen. Jean Monnet hat die auf lange Sicht angelegte Absicht gerade dieses Elements von Schumanplan und Montanvertrag überzeugend formuliert: "Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen".

Man beklagt immer wieder das Zurückbleiben der institutionellen Entwicklung der EG gegenüber ihrem wirtschaftlichen Rang, ihrer politischen Verantwortung und der noch ungelösten Aufgabe der "Politischen Union". Die Schwerfälligkeit des Apparates, die Sterilität des Entscheidungsprozesses, die trotz Direktwahl provozierende Vernachlässigung der parlamentarisch-demokratischen Grunderfordernisse machen sich die Kräfte zu Nutze, die sich der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen entziehen und ihrer Illoyalität den Mantel der Popularität umhängen wollen.

Die Vernachlässigung der institutionellen und vertraglichen Absicherung des weiteren Integrationsprozesses zieht auch eine Relativierung der bestehenden vertraglichen Pflichten nach sich. Geradezu verdächtig ist die Eile und Einseitigkeit, mit der die Verbesserung der institutionellen Situation fast nur bei der Kommission, dem zentralen Organ in der Konzeption

von Robert Schuman und Jean Monnet, schon mehrfach angesetzt hat und auch jetzt wieder ansetzen möchte. Daß die Schwäche der Gemeinschaftsorgane letztlich nur die Macht - oder Ohnmacht - der Regierungen und Parlamente in den Mitgliedsländern widerspiegelt, davon hört man bei den Gutachtern und Bericht-erstattem nur allzu wenig.

Sicher: Der Kampf um die Macht oder um die Teilhabe an der Macht ist in allen Ländern härter geworden. Der "europäische Zeitgeist" will von den Erfahrungen einer Generation, die von Europa über solcher Entzweiung schon einmal ihre Freiheit verspielt hat, offenbar nichts zur Kenntnis nehmen. Da ist von der "tiefgreifenden Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Landschaft Westeuropas in den letzten zehn Jahren" die Rede. Hier möchte man die Ursache für die Mängel in Politik und Prozeduren der Gemeinschaft sehen. Ein schlecht gewähltes Alibi, das mit den Bedingungen von 1950 nicht Stand hält. Das Europa von 1950 suchte einen Weg nach Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Landschaft, wie sie einschneidender kaum noch gedacht werden können. Das Gefälle zwischen den späteren Mitgliedsländern bei den wichtigsten wirtschaftlichen Daten wie Arbeitslosigkeit und Einkommen war größer. Eine gesicherte mittel- und langfristige Energieversorgung war eine Hauptsorge; sie stand bei der Gründung der Montanunion (Kohle) und der Wirtschafts- und Atomgemeinschaft (Kernenergie) als Gemeinschaftsaufgabe allen Beteiligten vor Augen. Und die weltpolitische Lage: Europas Bedrohung? Die Erklärung von Robert Schuman erfolgte in einem Moment drohender Gefahr - wenige Wochen später brach der Koreakrieg aus. Europas Antwort war die beschleunigte Schaffung der ersten Gemeinschaft. Auf die Suezkrise 1956 antwortete die Gemeinschaft mit einer Verstärkung des Integrationsprozesses: durch Errichtung der Wirtschaftsgemeinschaft und der Atomgemeinschaft. Was muß noch alles passieren, um unsere Länder zu der entscheidenden Festigung der EG zu veranlassen?

Der Schumanplan - auch als Antwort auf die Herausforderung des freien Europa's zu seiner Zeit - bleibt der Maßstab, an dem die Verantwortlichen in unserer Zeit gemessen werden.